

Eing.: 22. NOV. 2012

REL-04300-2012/0001/LAT

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

2

AN

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Drⁱⁿ Monika Vana, Dipl.-Ing. Martin Margulies, Univ.-Prof. Alexander van der Bellen (Grüne) sowie der Landtagsabgeordneten Mag^a Muna Duzdar, Katharina Schinner, Mag^a Sybille Straubinger und Barbara Novak (SPÖ)

eingbracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 22. November 2012 zur Post 2 der heutigen Tagesordnung

betreffend notwendige Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt

BEGRÜNDUNG

Die europaweiten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung (Fiskalpakt, ESM) erfordern dringend eine Ergänzung durch Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Durch Investitionen in Zukunftsbereiche (Erneuerbare Energien, Forschung und Entwicklung, Schieneninfrastruktur, Gesundheit und Pflege) sollen die Realwirtschaft und existenzsichernde Beschäftigung gefördert werden. Die Abhängigkeit von den Finanzmärkten soll u.a. Durch die Einführung von Eurobonds und einer Finanztransaktionssteuer verringert werden. Der Eigenmittelanteil des EU-Budgets soll erhöht werden.

Wien setzt angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bewusst Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung (Wiener Ausbildungsgarantie, Territorialer Beschäftigungspakt, Reform- und Wachstumspakt, Green-Jobs-Strategie). Nachhaltige Investitions- und gerechte Verteilungspolitik haben in Wien Priorität.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag ersucht die österreichische Bundesregierung, sich auch weiterhin auf europäischer Ebene für einen Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung, den verstärkten Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, der Umsetzung der Finanztransaktionssteuer sowie die mittelfristige Einführung von Eurobonds einzusetzen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, am 22.11.2012

